

693 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP

Bericht des Handelsausschusses

über den Antrag der Abgeordneten Schmidtmeier und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz gegen unlauteren Wettbewerb 1984 — UWG geändert wird (UWG-Novelle 1988) (173/A)

Die Abgeordneten Schmidtmeier und Genossen haben am 8. Juni 1988 den gegenständlichen Initiativantrag im Nationalrat eingebracht.

Der Handelsausschuß hat den gegenständlichen Initiativantrag in seiner Sitzung am 21. Juni 1988 in Verhandlung genommen.

Nach den Ausführungen des Berichterstatters Abgeordneter Parnigoni und den Wortmeldungen der Abgeordneten Ingrid Tichy-Schreder, Dr. Heindl, Haigermöser, Schmidtmeier wurde beschlossen, die Verhandlung zu vertagen.

Der Handelsausschuß hat seine Beratungen in der Sitzung am 1. Juli 1988 wieder aufgenommen und nach Wortmeldungen der Abgeordneten Haigermöser, Ingrid Tichy-Schreder, Schmidtmeier und des Ausschußobmannes Abgeordneter Staudinger wurde der im Initiativantrag enthaltene Gesetzentwurf mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Handelsausschuß hat folgende Ausschlußfeststellung getroffen:

Der österreichischen Rechtsprechung zur vergleichenden Preiswerbung lag noch kein Fall zugrunde, der nur den Vergleich des Preises ein- und derselben Ware bei namentlicher Nennung der Mitbewerber zum Inhalt hatte. Immer waren mit dem Preisvergleich auch andere Wettbewerbsausgaben oder -handlungen verbunden. Gerade diese Verbindung von Preisvergleichen mit anderen Aus-

sagen war in einigen Fällen Grund für die Feststellung von Verstößen gegen das UWG. Aus dieser Tatsache schlossen einerseits Schuhmacher, Verbraucherschutz bei Vertragsanbahnung, 374, daß die vergleichende Preiswerbung von den Gerichten noch nie ausdrücklich als zulässig anerkannt wurde, andererseits Wiltschek, Vergleichende Werbung durch gezielte, auch namentliche Bezugnahme auf bestimmte Mitbewerber, in Gedenkschrift für Fritz Schönherr, 79, daß die rein vergleichende Preiswerbung von den Gerichten noch nie untersagt worden wäre. Diese Situation führte zu Unsicherheit in der Wirtschaft. Aufgabe der neuen Bestimmung ist es daher, die grundsätzliche Zulässigkeit vergleichender Preiswerbung festzuhalten, sofern nicht Elemente der Irreführung im Sinne des § 2 UWG oder der Sittenwidrigkeit im Sinne des § 1 UWG mit der vergleichenden Preiswerbung verbunden sind. Der Judikatur ist es gelungen, die Generalklausel des UWG den jeweiligen wirtschaftlichen Bedürfnissen anzupassen. Daher hat es der Gesetzgeber unterlassen, Probleme, die sich aus vergleichender Preiswerbung ergeben können, kasuistisch zu regeln. Die mit vergleichender Preiswerbung verbundene namentliche Nennung von Mitbewerbern erfordert, daß die bisher schon geltenden Grundsätze des lautereren Wettbewerbes besonders beachtet werden. Von diesem Hauptgesichtspunkt abgesehen, könnte zB vergleichende Preiswerbung in folgenden Bereichen Probleme mit sich bringen: Irreführung der Verbraucher und anderer Verkehrskreise durch Lockvogelangebote, zB durch nicht ausreichendes Angebot der verglichenen Ware; in bezug auf die verglichene Ware unangemessen kurzfristige Angebote (angemessen wäre etwa bei Saisonwaren die Einhaltung der Saisonzeiten). Unzulässig wäre ein Vergleich, der nicht im ordentlichen Geschäftsverkehr vorgenommen wird und unterschiedliche Vertriebsformen nicht berücksichtigt, damit ist jedoch nicht ausge-

2

693 der Beilagen

schlossen, daß sich umsatzschwächere mit umsatzstärkeren Unternehmen vergleichen. Vergleichende Preiswerbung ist grundsätzlich nicht nur bei Waren, sondern auch bei Dienstleistungen zulässig. Die Judikatur zu anderen Arten vergleichender Werbung soll durch diese Bestimmung nicht berührt werden.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Handlungsausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen. /

Wien, 1988 07 01

Parnigoni
Berichterstatter

Staudinger
Obmann

/.

Bundesgesetz vom XXXXXXXX, mit dem das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 — UWG geändert wird (UWG-Novelle 1988)

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 — UWG, BGBl. Nr. 448/84 wird wie folgt geändert:

Dem § 2 Abs. 1 ist folgender Satz anzufügen:

„Vergleichende Preiswerbung, die nicht gegen diese Bestimmung oder § 1 verstößt, ist jedenfalls zulässig.“

Artikel II

Mit der Vollziehung des Artikels I ist der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten betraut.